

Deutschland-Mainz: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 4/2019 07/01/2019

Auftragsbekanntmachung**Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Mainz, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Postanschrift: Fritz-Kohlstraße 9

Ort: Mainz

NUTS-Code: DEB35 Mainz, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 55122

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telefon: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.LBBnet.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDY436/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDY436>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Wirtschaft und Finanzen

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

18D0570 – Hochschule Worms, Neubau Gebäude G (Hörsaal- und Verwaltungsgebäude), Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Leistungen des Auftragnehmers umfassen die Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI für den Neubau eines Hörsaal- und Verwaltungsgebäudes auf dem Bestandsareal der Hochschule Worms, Leistungsphasen (LPH) 3-9 gem. § 34 HOAI, ergänzt durch Besondere Leistungen, insbesondere:

Einarbeitung in die vorhandenen Unterlagen (KVM-Bau)

Erstellen eines Raumbuches inkl. Integration der Fachbeiträge

Übertragung der Planungs- und Kostendaten in die digitalen Erhebungsformulare gem.

Abschnitt K 6 RLBau

Erstellen von Bestandsplänen

Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfristen

Der Auftraggeber behält sich vor, Teilleistungen der LPH 2 zu beauftragen.

Die Beauftragung erfolgt stufenweise (s. Ziffer II.2.11).

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB39 Worms, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Worms

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Städtebau

Das derzeit noch bestehende Gebäude G der Hochschule Worms soll durch einen Neubau ersetzt werden.

Der Rückbau des noch bestehenden Gebäudes ist nicht Gegenstand des Projekts.

Der dreigeschossige Neubau orientiert sich über einen zentralen Eingangsbereich zur Erenburgerstraße und über Nebeneingänge zum Campus in beide Richtungen.

Der neue Baukörper von 44 m Länge und 17 m Breite wird durch seine Lage und Ausrichtung ein Teil des Ensembles aus den Gebäuden A bis E, die sich um den zentralen Eingangsplatz gruppieren.

Die Nutzung beinhaltet im Wesentlichen Verwaltungsflächen, eine Cafeteria sowie Seminarbereiche.

Äußere Gestaltung

Der Baukörper ist als dreigeschossiger Riegel geplant, wobei nur im Mittelteil Hauptnutzungen im 2. OG angeordnet sind.

Oberhalb des ersten Obergeschosses der stirnseitig angeordneten Seminarräume befinden sich nicht eingebaute Technikflächen, die jedoch aus gestalterischen Gründen mit einer

überhöhten Attika versehen sind, sodass sich das Gebäude als geschlossener Riegel präsentiert.

Innere Organisation

Der Hauptzugang erfolgt von der Erenburgerstraße. Von hier aus sind über das Haupttreppenhaus und mit einem Aufzug die weiteren Etagen des Gebäudes zu erreichen. Angrenzend an das Foyer, gegenüber der Kaffee-Bar, befindet sich das Welcome-Center. Zusätzlich zum Haupteingang ist eine Erschließung aus dem Zwischenbereich der Mensa und über den Terrassenbereich der Kaffee-Bar möglich. Die sich zum Platz hin öffnende Kaffee-Bar dient u. a. auch als Wartebereich für die Informations- und Beratungsstellen im Erdgeschoss.

Das Welcome-Center besteht aus einem dreistufigen Informationssystem mit Terminals zur ersten Orientierung, einem offenen Beratungsangebot und zurückgezogenen Beratungsbüros. Diese Struktur findet sich auch in der Grundrissgestaltung des Erdgeschosses wieder.

Gut zu erreichen, aber vom lauten Publikumsverkehr getrennt, befinden sich alle Unterrichtsräume gebündelt im ersten Obergeschoss. Stirnseitig sind die beiden großen, unterteilbaren Seminarräume. Dazwischen gibt es weitere Seminar- und Arbeitsräume. Noch weiter zurückgezogen und von den halb-öffentlichen Funktionen abtrennbar, sind im 2. OG Büros und Arbeitsräume von Gründerzentrum und ZTT angeordnet.

Erweiterungsmöglichkeiten

Die kompakte Bauweise ermöglicht grundsätzlich eine Erweiterung Richtung Norden. Die Anbindung an das geplante Gebäude wäre jedoch nur im EG möglich. Im Mittelteil ist ggf. auch eine Aufstockung möglich. Derzeit liegt hierfür jedoch kein(e) Bedarf/Planung vor.

TGA

Das Gebäude G wird an das Nahwärmenetz der Hochschule angeschlossen. Dazu wird im Heizungsraum im EG eine Übergabestation zur Systemtrennung errichtet.

Büroräume werden natürlich belüftet (Fensterlüftung). Seminar-, Unterrichts-, innenliegende Technik- und WC-Räume sowie der Übungsraum und die Cafeteria werden mechanisch belüftet.

Die Elektroinstallation erfolgt generell in Unterputzausführung.

Kennzahlen/Daten (ca.)

Länge/Breite/Höhe: 44 m*17 m*10 m

Grundfläche: 739 m²

Geschossfläche: 1.871 m²

Gesamtnutzfläche(NF 1-7): 1 188 m²

Bruttogesamtfläche (BGF): 1 871 m²

Geschätzte Bruttobaukosten (KG 200-600) ca. 4 337 000 EUR

Voraussichtliche Termine

Entwurfsplanung: 04/2019-09/2019

Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe: 11/2019-07/2020

Baubeginn: 08/2020

Fertigstellung: 01/2022

Beginn der Inbetriebnahmephase: 01/2022

Nutzungsbeginn: 02/2022

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7.

Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der nach III.1.1) bis III.1.3) vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen („Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“) aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz (Objektplanung Gebäude u. Innenräume), Beschäftigtenzahl, Zahl der Fach- und Führungskräfte der Fachrichtung Objektplanung Gebäude, Anzahl und Qualität der Referenzen, Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 5 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen entsprechend RBBau-Vertragsmuster vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen nach § 34 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 2, 3 und 4), Leistungsstufe 2 (LPH 5 und 6), Leistungsstufe 3 (LPH 7), Leistungsstufe 4 (LPH 8) und Leistungsstufe 5 (LPH 9). Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht.

Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Zu Ziffer II.2.5:

Von den Teilnehmern ist in Verfahrensstufe 2 eine Ideenskizze zu erarbeiten. Diese ist mit Angebotsabgabe einzureichen u. im Rahmen des Verhandlungsgesprächs vorzustellen.

Aufgabenstellung u. Bewertung sind in den Vergabeunterlagen enthalten.

Bei Erfüllung der in der Aufgabenstellung beschriebenen Bedingungen wird eine Aufwandsentschädigung von 2 000 EUR netto pro Arbeit gezahlt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Erklärung, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Als Nachweis ist mit dem Bewerbungsbogen vorzulegen: eine aktuelle Versicherungspolice einer Berufshaftpflichtversicherung oder eine schriftliche Erklärung der Versicherung ohne Vorbehalte und nicht älter als 2 Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer/die Arbeitsgemeinschaft muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

Bei einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller ARGE-Mitglieder vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist.

Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bergwerkgemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV über den allgemeinen Jahresumsatz. Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bergwerkgemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers/der Arbeitsgemeinschaft mit einer Deckungssumme von mind. 2 000 000 EUR für Personenschäden und von mind. 2 000 000 EUR für sonstige Schäden bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers.

Der allgemeine Jahresumsatz brutto (Objektplanung Gebäude u. Innenräume) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2015-2017) muss im Durchschnitt mind. 195 000 EUR pro Jahr betragen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zum Nachweis der fachlichen Eignung hat der Bewerber Nachweise und Erklärungen gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 1, 2, 3, 6, 8, 9, 10 VgV einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Teilnahmeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte sind gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2 und 6 VgV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben:

- der Projektleiter,
- der Bauleiter.

Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen. Für den Bewerber/das Unternehmen, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, die in den letzten 10 Jahren (beim Unternehmen und dem Projektleiter Beginn LPH 3 nach dem 31.12.2008, beim Bauleiter Beginn LPH 8 nach dem 31.12.2008) erbracht wurden und die geforderten Mindeststandards erfüllen.

Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben:

- a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme;
- b) Auftraggeber mit Name und Anschrift;
- c) Brutto-Grundfläche (BGF nach DIN 277);
- d) erbrachte Leistungsphasen;
- e) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis);
- f) Rechnungswert (Honorar, netto).

Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren sowie die Zahl seiner Fach- und Führungskräfte in der Fachrichtung Objektplanung Gebäude ersichtlich ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV).

Der Bewerber hat eine Erklärung beizufügen aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung er verfügt (§ 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV).

Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) und anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu nennen (§§ 46 Abs. 3 Nr. 10, 36 VgV).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Projektleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) in der Fachrichtung Architektur/Hochbau oder eine vergleichbare Berufszulassung und eine Berufserfahrung von mind. 3 Jahren in derselben Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

Der Bauleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) in der Fachrichtung Architektur/Hochbau oder eine vergleichbare Berufszulassung und eine Baustellenpraxis von mind. 5 Jahren in derselben Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

1) Bewerber/das Unternehmen

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 3-8 § 34 HOAI) für den Neu- oder Erweiterungsbau eines Büro-/Verwaltungsgebäudes oder eines Gebäudes zur Ausbildung/Wissenschaft (ausgenommen sind reine Laborgebäude) mit mind. Honorarzone III. Der Neu- bzw. Erweiterungsbau muss eine BGF von mind. 500 qm vorweisen. Gemischt genutzte Neu- bzw. Erweiterungsbauten sind zugelassen, wenn der Anteil des Verwaltungs-/Bürobereichs bzw. des Bereichs zur Ausbildung/Wissenschaft mind. eine BGF von 500 qm hat. Dieser Anteil geht auch ausschließlich in die Wertung der Qualität ein. Aktueller Leistungsstand der Referenz: mind. LPH 8 (Objektüberwachung) oder Bauausführung abgeschlossen;

2) Projektleiter

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 3-8 § 34 HOAI) für den Neu- oder Erweiterungsbau eines Büro-/Verwaltungsgebäudes oder eines Gebäudes zur Ausbildung/Wissenschaft (ausgenommen sind reine Laborgebäude) mit mind. Honorarzone III. Der Neu- bzw. Erweiterungsbau muss eine BGF von mind. 500 qm vorweisen. Gemischt genutzte Neu- bzw. Erweiterungsbauten sind zugelassen, wenn der Anteil des Verwaltungs-/Bürobereichs bzw. des Bereichs zur Ausbildung/Wissenschaft mind. eine BGF von 500 qm hat. Dieser Anteil geht auch ausschließlich in die Wertung der Qualität ein.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: mind. LPH 8 (Objektüberwachung) oder Bauausführung abgeschlossen;

3) Bauleiter

Mind. 1 Referenz über die Objektüberwachung (LPH 8 § 34 HOAI) für den Neu- oder Erweiterungsbau eines Büro-/Verwaltungsgebäudes oder eines Gebäudes zur Ausbildung /Wissenschaft (ausgenommen sind reine Laborgebäude) mit mind. Honorarzone III. Der Neu- bzw. Erweiterungsbau muss eine BGF von mind. 500 qm vorweisen. Gemischt genutzte Neu- bzw. Erweiterungsbauten sind zugelassen, wenn der Anteil des Verwaltungs-/Bürobereichs bzw. des Bereichs zur Ausbildung/Wissenschaft mind. eine BGF von 500 qm hat. Dieser Anteil geht auch ausschließlich in die Wertung der Qualität ein.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: mind. LPH 8 (Objektüberwachung) oder Bauausführung abgeschlossen.

Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren (2016-2018) muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

Die durchschnittliche jährliche Zahl seiner Fach- und Führungskräfte der Fachrichtung Objektplanung Gebäude in den letzten 3 Jahren (2016-2018) muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

Für die Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Ein entsprechender Nachweis ist vorzulegen.

Juristische Personen oder Bergwerkgemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt.

Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist. Sofern die Anerkennung der Berufsqualifikation nicht in der vorgenannten Richtlinie geregelt ist, muss eine Bescheinigung einer autorisierten Stelle über die Anerkennung in Deutschland vorgelegt werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (siehe Bewerbungsbogen zum Teilnahmewettbewerb).

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 05/02/2019 Ortszeit: 23:59

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1) Bewerbergemeinschaften (BGen)

BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen.

Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden.

Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen;

2) Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftl. u. finanzielle sowie die technische u. berufl. Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen;

3) Unteraufträge (§ 36 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen;

4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden u. bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Kontaktstelle vollständig ausgefüllt, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) u. in deutscher Sprache über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) einzureichen. Die Unterlagen sind im Projektraum im Bereich „Teilnahmeanträge“ hochzuladen.

Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an der dafür vorgesehenen Stelle der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bewerber die Eigenerklärung abgibt.

Der Teilnahmeantrag muss die im Bewerbungsbogen geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/

Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen;

5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem VMP RLP zur Verfügung gestellt.

Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge (vgl. Ziff. IV.2.2) heruntergeladen u. Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP;

6) Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP;

7) Zu Ziffer II.2.7:

Die Vertragslaufzeit beinhaltet nicht die Dauer für den Anspruch gem. § 13 Abs.4 VOB/B.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1.

Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55022

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

Internet-Adresse: <http://www.mwwlw.rlp.de>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach

Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften,

1) die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen,

2) die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines

Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: entfällt

Ort: entfällt

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

03/01/2019